

Inhaltsverzeichnis

Gesundheitspolitik

- | | | |
|----|---|------------|
| 1 | Mehr Selbstversorgung mit Gesundheitspersonal
<i>Neue Zürcher Zeitung</i> | 17.01.2012 |
| 2 | Die Schweiz betreibt Fachleuteklau im Ausland
<i>Basler Zeitung</i> | 17.01.2012 |
| 3 | Ausbildung Schweizer Pflegepersonal verstärken
<i>SF Schweizer Fernsehen</i> | 17.01.2012 |
| 4 | Hilfe, uns gehen die Krankenschwestern aus!
<i>Blick</i> | 17.01.2012 |
| 5 | Schweiz soll mehr Ärzte und Pfleger ausbilden
<i>St. Galler Tagblatt</i> | 17.01.2012 |
| 6 | Wider den «Care Drain» im Gesundheitswesen
<i>Aargauer Zeitung</i> | 17.01.2012 |
| 7 | Mehr Schweizer Ärzte und Pfleger
<i>20 Minuten</i> | 17.01.2012 |
| 8 | Schweiz soll selber mehr Ärzte und Pfleger ausbilden, statt zu importieren
<i>Schaffhauser Nachrichten</i> | 17.01.2012 |
| 9 | Gesundheitspersonal: Protest
<i>Der Landbote</i> | 17.01.2012 |
| 10 | Manifest gegen «Care Drain»
<i>Walliser Bote</i> | 17.01.2012 |
| 11 | Schweiz soll selber mehr Ärzte und Pfleger ausbilden
<i>Appenzeller Volksfreund</i> | 17.01.2012 |
| 12 | Breite Koalition lanciert Manifest zum Gesundheitspersonalmangel - Medienecho
<i>Infolinemed</i> | 16.01.2012 |
| 13 | Gesundheitspersonalmangel nicht auf Kosten der Ärmsten beheben - Medienmitteilung
<i>Medienmitteilung (Originaltext)</i> | 16.01.2012 |
| 14 | Personal nicht aus ärmeren Ländern holen
<i>NZZ Online</i> | 16.01.2012 |
| 15 | Die Schweiz soll selber mehr Ärzte und Pfleger ausbilden
<i>Aargauer Zeitung Online</i> | 16.01.2012 |
| 16 | Philippinisches Personal in Schweizer Spitälern?
<i>SF Online</i> | 16.01.2012 |
| 17 | Bessere Arbeitsbedingungen statt Personal aus dem Ausland | |

SF Online

16.01.2012

18 Pflegepersonal bald von den Philippinen?

Blick am Abend

16.01.2012

Mehr Selbstversorgung mit Gesundheitspersonal

Der Mangel soll gemäss einem Manifest nicht auf Kosten armer Länder behoben werden

Die zunehmende Beschäftigung von ausländischen Ärzten und Pflegenden entzieht armen Ländern knappe Ressourcen. Berufs- und Entwicklungsorganisationen fordern Gegenmassnahmen gemäss Kodex der WHO.

C. W. Bern - Im Gesundheits- und im Pflegebereich zeichnet sich ein wachsender Mangel an Fachpersonal ab. Heute ist schon etwa ein Drittel der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Spitälern und Pflegeheimen ausländischer Nationalität. Sie stammen grösstenteils aus Nachbarländern, doch diese greifen ihrerseits auf Migranten zurück, die wiederum in ihren Ländern eine gravierende Lücke hinterlassen. So «exportiert» Frankreich Fachkräfte in die Schweiz und «importiert» solche aus Togo. Deutschland beschäftigt viel Gesundheitspersonal aus Osteuropa. Bulgarien bildet jährlich 600 Ärzte aus, gleich viele verlassen ihr Land.

Verhaltenskodex der WHO

Der «Dominoeffekt» bedeutet, dass letztlich arme Länder reiche gratis mit Gesundheitspersonal versorgen und selber unter wachsender Knappheit leiden. Um dem «care drain» entgegenzuwirken, verabschiedete die Weltgesundheitsorganisation (WHO) im Mai 2010 mit Zustimmung auch der Schweiz einen Verhaltenskodex. Er bejaht die Freiheit zur Migration, speziell zum Austausch und zur Weiterbildung, betont aber die nationale Verantwortung, genügend Gesundheitspersonal auszubilden und im Beruf zu halten. Einwanderungsländer sollen Herkunftsländer dabei unterstützen und in Staaten mit besonderem Mangel kein Personal aktiv rekrutieren.

Mehr Ein-, weniger Aussteiger

Um dem rechtlich unverbindlichen internationalen Kodex in der Schweiz mehr Wirkung zu verschaffen, haben Verbände des Gesundheitsbereichs am Montag in Bern ein Manifest lanciert. Federführend sind Medicus Mundi (ein Netz von Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit) und der Berufsverband der Pflegefachfrauen und -männer; unterstützend beteiligt sind die Ärztesverbindung (FMH), die Gewerkschaften und weitere Akteure.

Das Manifest richtet sich an Bund, Kantone und Spitäler. Eine Hauptforderung lautet, dass die Schweiz selber mittels «Steuerungsmassnahmen» genügend Ausbildungsplätze für medizinisches Fachpersonal schaffe und auch die Finanzierung der Ausbildung überall sicherstelle. Während bei den Ärzten speziell der Numerus clausus für das Medizinstudium stark beschränkend wirkt, besteht beim Pflegepersonal

ein grosses Problem im Ausstieg aus dem Beruf nach durchschnittlich 10 bis 15 Jahren. Dies wird mit den Arbeitsbedingungen, vor allem mit dem zeitlichen Druck auf die eigentliche Patientenbetreuung, erklärt. Ausländisches Personal soll unter den gleichen Bedingungen wie einheimisches angestellt werden. Die ungenügende Versicherungsdeckung für die Langzeitpflege, hiess es an der Pressekonferenz, führe zum Beizug billiger Arbeitskräfte.

Beschränkte Rekrutierung

Gemäss dem WHO-Kodex fordern die Unterzeichner des Manifestes, dass in den 57 extrem knapp versorgten Ländern kein Gesundheitspersonal rekrutiert werde. Die Zulassung aus Entwicklungs- und Schwellenländern solle generell nur im Rahmen von Abkommen erfolgen, die mit Ausgleichsleistungen die Ausbildungsmöglichkeiten und die beruflichen Perspektiven für das Gesundheitspersonal in den Herkunftsländern zu verbessern helfen. Professionelle Vermittler seien zu kontrollieren.

Wie viele in armen Ländern ausgebildete Gesundheitsfachleute in der Schweiz arbeiten, lässt sich nicht sagen. Die Beschaffung spezifischer Daten gehört denn auch zu den Postulaten des Manifests. Als Beispiel nannte Martin Leschhorn, Mitglied der Geschäftsleitung von Medicus Mundi, die Pflegerinnen aus den Philippinen, einem Staat, der zwar die Arbeit im Ausland fördere und kontrolliere, selber aber zahlreiche Spitäler wegen Personalmangels habe schliessen müssen. Zusätzlich zum Abkommen über Stages plane der Bund ein solches über Arbeitsmigration.

Zur Diskussion stehen ferner Weiterbildungsaufenthalte im Rahmen von Migrationspartnerschaften, an denen die Schweiz wegen der Rückführung abgewiesener Asylsuchender interessiert ist. Das Ausländergesetz beschränkt die Zulassung aus Nicht-EU-Staaten grundsätzlich auf eine bestimmte Zahl (Kontingente) sowie auf Spezialisten und andere qualifizierte Arbeitskräfte.

Auch unabhängig von solchen besonderen Vereinbarungen wird im Manifest eine weitere Verstärkung der Entwicklungszusammenarbeit im Gesundheitswesen gefordert.

© Neue Zürcher Zeitung

Die Schweiz betreibt Fachleuteklau im Ausland

Das fehlende Gesundheitspersonal solle selbst ausgebildet werden, fordern verschiedene Organisationen

Bern. Die Schweiz muss darauf verzichten, Fachleute in Ländern zu rekrutieren, die unter akutem Personalmangel leiden, sagte Martin Leschhorn Strebel von der Organisation Medicus Mundi gestern vor den Medien. Wenn dennoch Personal geholt werde, solle sich die Schweiz mit Gegenleistungen für das Gesundheitssystem vor Ort revanchieren.

Das bestehende Stagiaire-Abkommen mit den Philippinen beurteilt Leschhorn kritisch. Obwohl dort sehr viele Gesundheitsfachleute ausgebildet würden, bestehe auch auf den Philippinen ein Mangel. Spitäler hätten geschlossen werden müssen. Ein ausgebautes Abkommen müsste auf jeden Fall mehr Transferleistungen beinhalten.

Bekannte Forderungen

Angesichts der Probleme verfassten Medicus Mundi Schweiz und der Schweizer Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner (SBK) zusammen mit über zwanzig weiteren Organisationen ein Manifest. Die darin gestellten Forderungen zur Eindämmung des «Care Drains» sind allerdings nicht neu und bereits in einem Kodex der Weltgesundheitsorganisation (WHO) enthalten. «Das Problem ist, dass der WHO-Kodex nicht verbindlich ist», sagte Leschhorn. «Der Bund und die Kantone müssen mehr tun als bisher.»

Roswitha Koch vom SBK wies darauf hin, dass nicht nur die Rekrutierung in armen Ländern problematisch ist. Auch die Kompensation durch Personal aus den Nachbarländern bleibe nicht ohne Folge: «Deutschland rekrutiert fehlendes Pflegepersonal aus Polen und Polen wiederum aus Bulgarien. » Die französischen Ärzte in der Westschweiz werden in ihrer Heimat durch Mediziner aus den ehemaligen Kolonien ersetzt. «40 Prozent der im Togo ausgebildeten Ärztinnen und Ärzte arbeiten in Frankreich», sagte Koch. Die Schweiz verursache als eines der reichsten Länder der Welt diesen Dominoeffekt mit.

Im Manifest wird unter anderem gefordert, dass die Schweiz selber mehr Gesundheitspersonal ausbilden soll. Zurzeit seien es jedes Jahr rund 5000 Personen zu wenig. Weiter soll mit besseren Arbeitsbedingungen dafür gesorgt werden, dass bereits ausgebildete Kräfte im Gesundheitswesen bleiben. SDA



Gewicht: "Mittlere" Story

17. Januar 2012

TAGESSCHAU VOM 16.01.2012, 19:30

Ausbildung Schweizer Pflegepersonal verstärken

Philippinisches Personal in schweizer Spitälern

Bericht ab Minute 12:25



[25:20 Min.]

© **SF Schweizer Fernsehen**



Auflage: 231235
Gewicht: "Mittlere" Story

17. Januar 2012

SEITE 3

Jedes Jahr 5000 zu wenig!

Hilfe, uns gehen die Krankenschwestern aus!

Der Schweiz geht das Pflegepersonal aus. «Jedes Jahr werden 5000 Personen zu wenig ausgebildet», sagt Roswitha Koch vom Schweizer Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner (SBK). In den Spitälern geht gar nichts mehr ohne ausländisches Pflegepersonal. Jede dritte Krankenschwester kommt aus dem Ausland. 80 Prozent des ausländischen Gesundheitspersonals stammt aus den Nachbarländern.

Doch auch aus weiter entfernten Ländern wie den Philippinen werden mittlerweile Pflegehilfen rekrutiert. Seit 2003 gibt es ein Abkommen zwischen der Schweiz und den Philippinen, das Pflegeleuten erlaubt, 18 Monate in der Schweiz zu arbeiten. «Die Rekrutierung aus armen Ländern ist aber sehr problematisch», so Koch.

Jacques de Haller, Präsident der Ärztevereinigung FMH illustriert dies am Beispiel der englischen Stadt Birmingham, wo mehr Pflegefachpersonen aus Malawi arbeiten als im Heimatland selber. «Diese Fachleute fehlen an allen Ecken und Enden.» Für Koch ist klar: «Die Schweiz verursacht als eines der reichsten Länder der Welt diesen Domino-Effekt mit.»

Der SBK fordert zusammen mit 25 anderen Organisationen, dass die Schweiz keine Fachleute in Ländern mehr rekrutiert, die unter akutem Personalmangel leiden. «Auf den Philippinen mussten Spitäler geschlossen werden, weil das Gesundheitspersonal fehlt», sagt Martin Leschhorn Strebel von der Organisation Medicus Mundi. In ihrem gestern präsentierten Manifest verlangen die Organisationen, dass die Schweiz selber mehr Gesundheitspersonal ausbildet. «Pro Jahr müssen rund 300 Ärztinnen und Ärzte mehr einen Abschluss machen», sagt de Haller.

Koch sieht noch einen anderen Handlungsbedarf. «Die Schweiz muss mehr in die Ausbildung investieren und qualitativ gute Arbeitsstellen bieten, damit mehr Fachpersonen im Gesundheitssektor bleiben. Heute wechseln Pflegefachpersonen nach zehn bis 15 Jahren den Beruf.» Ausländische Fachpersonen, die bereits in der Schweiz sind, sollen zudem von den gleichen Arbeitsbedingungen profitieren können wie Schweizer.

Irène Harnischberg

© **Blick**

Schweiz soll mehr Ärzte und Pfleger ausbilden

Die Schweiz soll weniger Gesundheitspersonal aus ärmeren Ländern holen. Dies fordern mehrere Schweizer Gesundheitsorganisationen in einem Manifest.

BERN. Die Schweiz muss darauf verzichten, Gesundheitspersonal in Ländern zu rekrutieren, die unter akutem Personalmangel leiden. Dies sagte Martin Leschhorn Strebel von der Organisation Medicus Mundi am Montag vor den Medien in Bern. Wenn dennoch Personal geholt werde, solle sich die Schweiz mit Gegenleistungen für das Gesundheitssystem vor Ort revanchieren.

5000 Personen zu wenig

Angesichts der Probleme verfassten Medicus Mundi Schweiz und der Schweizer Berufsverband des Pflegefachpersonals (SBK) zusammen mit über zwanzig weiteren Organisationen ein Manifest. Darin wird unter anderem gefordert, dass die Schweiz selbstermehr Gesundheitspersonal ausbilden soll. Zurzeit seien es jedes Jahr rund 5000 Personen zu wenig. Weiter sollen bessere Arbeitsbedingungen bewirken, dass bereits ausgebildete Kräfte im Gesundheitswesen bleiben.

Heute wechseln Pflegefachleute häufig nach 10 bis 15 Jahren den Beruf. Die Forderungen des Manifests sind allerdings nicht neu, sondern bereits in einem Kodex der Weltgesundheitsorganisation (WHO) enthalten.

Folgen für Nachbarländer

Roswitha Koch, Leiterin Pflegeentwicklung und Expertin Public Health beim SBK, wies darauf hin, dass nicht nur die Rekrutierung in armen Ländern problematisch ist. Auch die Kompensation durch Personal aus Nachbarländern bleibe nicht ohne Folge: «Deutschland rekrutiert fehlendes Pflegepersonal aus Polen und Polen wiederum aus Bulgarien.»

Die Schweiz verursache als eines der reichsten Länder der Welt diesen Dominoeffekt mit. FMH-Präsident Jacques de Haller rief die Kantone dazu auf, mehr Studienplätze für Mediziner bereitzustellen. Die Spitäler müssten zudem darauf verzichten, professionelle Agenturen mit der Rekrutierung von Personal in ärmeren Ländern zu engagieren. (sda)

© **St. Galler Tagblatt**

Wider den «Care Drain» im Gesundheitswesen

Die Schweiz soll selber mehr Gesundheitspersonal ausbilden und nicht einfach Fachleute aus ärmeren Ländern holen. Das forderten mehrere Organisationen gestern in Bern. Die Schweiz müsse darauf verzichten, Fachleute in Ländern zu rekrutieren, die unter akutem Personalmangel leiden, sagte Martin Leschhorn Strebel von der Organisation Medicus Mundi. Wenn dennoch Personal geholt werde, solle sich die Schweiz mit Gegenleistungen für das Gesundheitssystem vor Ort revanchieren.

Angesichts der Probleme verfassten Medicus Mundi Schweiz und der Schweizer Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner (SBK) zusammen mit über 20 weiteren Organisationen ein Manifest. Die darin gestellten Forderungen zur Eindämmung des «Care Drains» sind allerdings nicht neu und bereits in einem Kodex der Weltgesundheitsorganisation (WHO) enthalten. «Das Problem ist, dass der WHO-Kodex nicht verbindlich ist», sagte Leschhorn. «Der Bund und die Kantone müssen mehr tun als bisher.»

An Domino-Effekt mitschuldig

Roswitha Koch vom SBK wies darauf hin, dass nicht nur die Rekrutierung in armen Ländern problematisch ist. Auch die Kompensation durch Personal aus den Nachbarländern bleibe nicht ohne Folge: «Deutschland rekrutiert fehlendes Pflegepersonal aus Polen und Polen wiederum aus Bulgarien.» Die französischen Ärzte in der Westschweiz werden in ihrer Heimat durch Mediziner aus den ehemaligen Kolonien ersetzt. «40 Prozent der in Togo ausgebildeten Ärztinnen und Ärzte arbeiten in Frankreich», sagte Koch. Die Schweiz verursache als eines der reichsten Länder der Welt diesen Domino-Effekt mit.

Im Manifest wird unter anderem gefordert, dass die Schweiz selber mehr Gesundheitspersonal ausbilden soll. Zurzeit seien es jedes Jahr rund 5000 Personen zu wenig. Weiter soll mit besseren Arbeitsbedingungen dafür gesorgt werden, dass bereits ausgebildete Kräfte im Gesundheitswesen bleiben. Heute wechseln beispielsweise Pflegefachpersonen nach 10 bis 15 Jahre den Beruf. (SDA)

© Aargauer Zeitung



Auflage: 529618
Gewicht: "Kleinere" Story

17. Januar 2012

SCHWEIZ, SEITE 10

Mehr Schweizer Ärzte und Pfleger

BERN. Die Schweiz soll selber mehr Gesundheitspersonal ausbilden und nicht einfach Fachleute aus ärmeren Ländern holen. Das forderten mehrere Organisationen. Denn: Auch in wirtschaftlich weniger entwickelten Ländern gibt es zu wenig Pflegerinnen und Ärzte.

Die Schweiz müsse darauf verzichten, Fachleute in Ländern zu rekrutieren, die unter akutem Personalmangel leiden, sagte Martin Leschhorn Strebel von der Organisation Medicus Mundi.

© **20 Minuten**

17. Januar 2012

INLAND, SEITE 6

Schweiz soll selber mehr Ärzte und Pfleger ausbilden, statt zu importieren

Auch in weniger entwickelten Ländern gibt es zu wenig Pflegerinnen und Ärzte.

Bern - «Die Schweiz muss darauf verzichten, Fachleute in Ländern zu rekrutieren, die unter akutem Personalmangel leiden», sagte Martin Leschhorn Strebel von der Organisation Medicus Mundi gestern vor den Medien in Bern. Wenn dennoch Personal geholt werde, solle sich die Schweiz mit Gegenleistungen für das Gesundheitssystem vor Ort revanchieren. Das bestehende Stagiaire-Abkommen etwa mit den Philippinen beurteilt Leschhorn kritisch. Obwohl dort sehr viele Gesundheitsfachleute ausgebildet würden, bestehe im Land ein Mangel. Spitäler hätten geschlossen werden müssen. Ein ausgebautes Abkommen müsste auf jeden Fall mehr Transferleistungen beinhalten.

Bekannte Forderungen

Angesichts der Probleme verfassten Medicus Mundi Schweiz und der Schweizer Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner (SBK) zusammen mit über 20 weiteren Organisationen ein Manifest. Die darin gestellten Forderungen zur Eindämmung des «Care Drains» sind allerdings nicht neu und bereits in einem Kodex der Weltgesundheitsorganisation (WHO) enthalten. «Das Problem ist, dass der WHOKodex nicht verbindlich ist», sagte Leschhorn. «Der Bund und die Kantone müssen mehr tun als bisher.» Der Kodex wurde im Mai 2010 von der WHO – mit Zustimmung der Schweiz – verabschiedet.

Dominoeffekt

Roswitha Koch vom SBK wies darauf hin, dass nicht nur die Rekrutierung in armen Ländern problematisch sei. Auch die Kompensation durch Personal aus den Nachbarländern bleibe nicht ohne Folge: «Deutschland rekrutiert fehlendes Pflegepersonal aus Polen und Polen wiederum aus Bulgarien. » Die französischen Ärzte in der Westschweiz werden in ihrer Heimat durch Mediziner aus den ehemaligen Kolonien ersetzt. «40 Prozent der im Togo ausgebildeten Ärztinnen und Ärzte arbeiten in Frankreich», sagte Koch. Die Schweiz verursache als eines der reichsten Länder der Welt diesen Dominoeffekt mit. Auch der Präsident der Ärztevereinigung FMH, Jacques de Haller, wartete an der Medienkonferenz mit einem eindrücklichen Beispiel auf: «In der englischen Stadt Birmingham arbeiten mehr Pflegefachpersonen aus Malawi als in Malawi selbst.» Dort fehlten diese Fachleute an allen Ecken und Enden.

Bessere Arbeitsbedingungen

Im Manifest wird unter anderem gefordert, dass die Schweiz selber mehr Gesundheitspersonal ausbilden soll. Zurzeit seien es jedes Jahr rund 5000 Personen zu wenig. Weiter soll mit besseren Arbeitsbedingungen dafür gesorgt werden, dass

bereits ausgebildete Kräfte im Gesundheitswesen bleiben. Heute wechseln beispielsweise Pflegefachpersonen nach 10 bis 15 Jahre den Beruf. Ausländische Fachpersonen, die schon in der Schweiz sind, sollen von den gleichen Arbeitsbedingungen profitieren können, heisst es im Manifest. Das enthalte etwa auch die Möglichkeit zum Besuch von Weiterbildungskursen. In den ärmeren Ländern könne die Schweiz mithelfen, die dortigen Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Mehr Studienplätze in der Medizin

FMH-Präsident de Haller rief die Kantone dazu auf, an den Universitäten mehr Studienplätze in Medizin bereitzustellen – «auch wenn dies kostet». Pro Jahr sollten gemäss de Haller rund 300 Ärztinnen und Ärzte mehr einen Abschluss machen. Die grossen Spitäler müssten ihrerseits darauf verzichten, professionelle Agenturen mit der Rekrutierung von Personal in ärmeren Ländern zu engagieren. (sda)

© **Schaffhauser Nachrichten**

SCHWEIZ, SEITE 4

Gesundheitspersonal: Protest

BERN. Die Schweiz soll selber mehr Gesundheitspersonal ausbilden und nicht einfach Fachleute aus ärmeren Ländern holen. «Der Bund und die Kantone müssen mehr tun als bisher.» Das forderten gestern mehrere Organisationen in einem Manifest in Bern.

Denn: Auch in wirtschaftlich weniger entwickelten Ländern gibt es zu wenig Pflegerinnen und Ärzte. Die Schweiz muss dar auf verzichten, Fachleute in Ländern zu rekrutieren, die unter akutem Personalmangel leiden, sagte Martin Leschhorn Strebel von der Organisation Medicus Mundi. (sda)

© **Der Landbote**

Bern | Schweiz soll selber mehr Ärzte und Pfleger ausbilden

Manifest gegen «Care Drain»

Die Schweiz soll selber mehr Gesundheitspersonal ausbilden und nicht einfach Fachleute aus ärmeren Ländern holen.

Das forderten mehrere Organisationen am Montag in Bern. Denn: Auch in wirtschaftlich weniger entwickelten Ländern gibt es zu wenig Pflegerinnen und Ärzte. Die Schweiz muss darauf verzichten, Fachleute in Ländern zu rekrutieren, die unter akutem Personalmangel leiden, sagte Martin Leschhorn Strelbel von der Organisation Medicus Mundi am Montag vor den Medien in Bern.

Bekannte Forderungen

Wenn dennoch Personal geholt werde, solle sich die Schweiz mit Gegenleistungen für das Gesundheitssystem vor Ort revanchieren. Das bestehende Stagiaire- Abkommen mit den Philippinen beurteilt Leschhorn kritisch. Obwohl dort sehr viele Gesundheitsfachleute ausgebildet würden, bestehe auch auf den Philippinen ein Mangel. Spitäler hätten geschlossen werden müssen. Ein ausgebautes Abkommen müsste auf jeden Fall mehr Transferleistungen beinhalten. Angesichts der Probleme verfassten Medicus Mundi Schweiz und der Schweizer Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner (SBK) zusammen mit über zwanzig weiteren Organisationen ein Manifest.



Mehr Ärzte. FMH-Präsident Jacques de Haller rief die Kantone dazu auf, mehr Studienplätze in Medizin bereitzustellen. Foto Keystone

Domino-Effekt

Die darin gestellten Forderungen zur Eindämmung des «Care Drains» sind allerdings nicht neu und bereits in einem Kodex der Weltgesundheitsorganisation (WHO) enthalten. «Das Problem ist, dass WHO-Kodex nicht verbindlich ist», sagte Leschhorn.

Roswitha Koch vom SBK wies darauf hin, dass nicht nur die Rekrutierung in armen Ländern problematisch ist. Auch die Kompensation durch Personal aus den Nachbarländern bleibe nicht ohne Folge: «Deutschland rekrutiert fehlendes Pflegepersonal aus Polen und Polen wiederum aus Bulgarien.» Auch der Präsident der Ärztereinigung FMH, Jacques de Haller, wartete an der Medienkonferenz mit einem eindrücklichen Beispiel auf: «In der englischen Stadt Birmingham arbeiten mehr Pflegefachpersonen aus Malawi als in Malawi selbst.» Dort würden diese Fachleute an allen Ecken und Enden fehlen. Im Manifest wird unter anderem gefordert, dass die Schweiz selber mehr Gesundheitspersonal ausbilden soll. Zurzeit seien es jedes Jahr rund 5000 Personen zu wenig. Weiter soll mit besseren Arbeitsbedingungen dafür gesorgt werden, dass bereits ausgebildete Kräfte im Gesundheitswesen bleiben. Heute wechseln beispielsweise Pflegefachpersonen nach 10 bis 15 Jahre den Beruf. | sda

© Walliser Bote

INLAND, SEITE 13

Manifest gegen «Care Drain»

Mehrere Organisationen verlangen: Schweiz soll selber mehr Ärzte und Pfleger ausbilden

Die Schweiz soll selber mehr Gesundheitspersonal ausbilden und nicht einfach Fachleute aus ärmeren Ländern holen. Das forderten mehrere Organisationen am Montag in Bern. Denn: Auch in wirtschaftlich weniger entwickelten Ländern gibt es zu wenig Pflegerinnen und Ärzte.

(sda) Die Schweiz muss darauf verzichten, Fachleute in Ländern zu rekrutieren, die unter akutem Personalmangel leiden, sagte Martin Leschhorn Strebe! von der Organisation Medicus Mundi am Montag vor den Medien in Bern. Wenn dennoch Personal geholt werde, solle sich die Schweiz mit Gegenleistungen für das Gesundheitssystem vor Ort revanchieren.

Das bestehende Stagiaire-Abkommen mit den Philippinen beurteilt Leschhorn kritisch. Obwohl dort sehr viele Gesundheitsfachleute ausgebildet würden, bestehe auch dort ein Mangel. Spitäler hätten geschlossen werden müssen. Ein ausgebautes Abkommen müsste auf jeden Fall mehr Transferleistungen einhalten.

Bekannte Forderungen

Angesichts der Probleme verfassten Medicus Mundi Schweiz und der Schweizer Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner (SBK) zusammen mit über zwanzig weiteren Organisationen ein Manifest. Die darin gestellten Forderungen zur Eindämmung des «Care Drains» sind allerdings nicht neu und bereits in einem Kodex der Weltgesundheitsorganisation (WHO) enthalten. «Das Problem ist, dass der WHO-Kodex nicht verbindlich ist», sagte Leschhorn. «Der Bund und die Kantone müssen mehr tun als bisher.» Der Kodex wurde im Mai 2010 von der WHO — mit Zustimmung der Schweiz — verabschiedet.

Domino-Effekt

Roswitha Koch vom SBK wies darauf hin, dass nicht nur die Rekrutierung in armen Ländern problematisch ist. Auch die Kompensation durch Personal aus den Nachbarländern bleibe nicht ohne Folge: «Deutschland rekrutiert fehlendes Pflegepersonal aus Polen und Polen wiederum aus Bulgarien.»

Die französischen Ärzte in der Westschweiz werden in ihrer Heimat durch Mediziner aus den ehemaligen Kolonien ersetzt. «Vierzig Prozent der in Togo ausgebildeten Ärztinnen und Ärzte arbeiten in Frankreich», sagte Koch. Die Schweiz verursache diesen Domino-Effekt mit.

Auch der Präsident der Ärztevereinigung FMH, Jacques de Haller, wartete an der Medienkonferenz mit einem eindrücklichen Beispiel auf: «In der englischen Stadt Birmingham arbeiten mehr Pflegefachpersonen aus Malawi als in Malawi selbst.» Dort würden diese Fachleute an allen Ecken und Enden fehlen.

Bessere Arbeitsbedingen

Im Manifest wird unter anderem gefordert, dass die Schweiz selber mehr Gesundheitspersonal ausbilden soll. Zurzeit seien es jedes Jahr rund 5000 Personen zu wenig. Weiter soll mit besseren Arbeitsbedingungen dafür gesorgt werden, dass bereits aus-gebildete Kräfte im Gesundheitswesen bleiben, Heute wechseln etwa Pflegefachpersonen nach 10 bis 15 Jahren den Beruf.

© **Appenzeller Volksfreund**

16. Januar 2012

Gesundheitspersonalmangel nicht auf Kosten der Ärmsten beheben

Das Schweizer Gesundheitswesen leidet an Personalmangel. Um diesen zu decken, wird in kurzsichtiger und verantwortungsloser Weise Personal aus dem Ausland rekrutiert, das letztlich in den armen Ländern des globalen Südens fehlt. Eine breite Koalition von Personalverbänden aus dem Gesundheitsbereich und Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit fordert dass der WHO-Kodex zur Rekrutierung von Gesundheitspersonal umgesetzt wird.

Medienecho

© **Infonlinemed**

Medienmitteilung

Einladung Medienkonferenz:

Breite Koalition lanciert Manifest zum Gesundheitspersonalmangel

Posted by sbkasi

Die Schweiz darf ihren Mangel an Gesundheitspersonal nicht auf Kosten der Menschen in ärmeren Ländern lösen – dies fordern wir, eine breite Koalition von Berufsverbänden, Gewerkschaften und in der Entwicklungszusammenarbeit tätigen Hilfswerken in einem gemeinsamen Manifest.

Gerne laden wir Sie zur Medienkonferenz ein, um Ihnen Hintergründe zum Manifest vorzustellen.

Montag, den 16. Januar 2012, 10.30 – 11.15 Uhr

Die wichtigsten Forderungen in Kürze

Im Schweizer Gesundheitswesen herrscht Personalmangel. Die Lösung für dieses Problem kann nicht sein, dass Personal aus dem Ausland rekrutiert wird, da so das Gesundheitspersonal letztlich dort fehlt, wo es am meisten gebraucht wird: in den Entwicklungsländern. Wir, eine -> Koalition aus Gesundheitspersonalverbänden und Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit fordern in einem Manifest von den Verantwortlichen der Schweizerischen Gesundheits- und Aussenpolitik, dass sie ihren Verpflichtungen nachkommt, die sich aus dem -> WHO-Kodex zur Rekrutierung von Gesundheitspersonal ergeben, dem die Schweiz zugestimmt hat.

Bedarfsgerecht ausbilden

Die Schweiz muss selber genügend Gesundheitspersonal ausbilden. Dazu ist es nötig, dass der Bedarf regelmässig und systematisch abgeklärt wird, um die personellen Ressourcen planen zu können. Auch muss die Finanzierung der beruflichen Aus- und Weiterbildung auf allen Stufen gesichert sein.

Für optimale Arbeitsbedingungen sorgen

Damit ausgebildetes Personal seinem Beruf treu bleibt, müssen dringend die Arbeits- und Anstellungsbedingungen verbessert werden. Aktuell bleiben z.B. ausgebildete Pflegefachleute nur gerade 10 bis 15 Jahre in ihrem Beruf.

Gleiche Rechte für ausländisches Personal sichern

Ausländische Gesundheitsfachleute stellen für das Schweizer Gesundheitswesen eine Chance dar, die aber nur genutzt werden kann, wenn ihre beruflichen Erfahrungen und Kompetenzen anerkannt und gefördert werden. Sie brauchen Zugang zu Weiterbildung und faire Arbeitsbedingungen. Auch müssen sie aktiv über ihre Rechte und Pflichten informiert werden und es muss sichergestellt werden, dass sie sich bei Problemen an spezialisierte Beratungsstellen wenden können. Dies gilt insbesondere auch für Care-MigrantInnen im privaten Bereich.

Millenniumsziele nicht gefährden

Die Verbesserung der Gesundheit und die Bekämpfung von Krankheiten sind wesentlicher Bestandteil der UNO-Millenniumsziele. Um diese zu erreichen, brauchen die Entwicklungsländer ausreichend Fachleute.

Globale Verantwortung übernehmen

Es ist verantwortungslos und kurzsichtig, wenn wirtschaftlich starke Nationen wie die Schweiz ihr fehlendes Gesundheitspersonal direkt oder indirekt aus den Ländern des Südens rekrutieren. Bereits jetzt gibt es in 57 Ländern nur 3 Gesundheitsfachpersonen pro 1000 Einwohner. Durch den Domino-Effekt wird dieser Mangel zusätzlich verstärkt. Die schweizerische Entwicklungspolitik soll sich verstärkt in der Gesundheitszusammenarbeit engagieren und sich für eine Stärkung der Ausbildung und der beruflichen Situation des Gesundheitspersonals in den entsprechenden Ländern einsetzen.

WHO-Verhaltenskodex zur Rekrutierung von Gesundheitspersonal umsetzen

Der WHO-Kodex setzt einen wichtigen Rahmen zur Sicherung des Rechts auf Gesundheit, für eine ethisch vertretbare Rekrutierungspraxis von Gesundheitspersonal und für die Rechte von Migrantinnen und Migranten im Gesundheitswesen. Wir erwarten, dass die Schweiz alle nötigen Massnahmen ergreift, um den Kodex umzusetzen.

© Medienmitteilung (Originaltext)

ONLINE vom 16.1.12, 10:25

Personal nicht aus ärmeren Ländern holen

Manifest zur Ausbildung von mehr Ärzten und Pflegeern in der Schweiz

Die Schweiz soll selber mehr Gesundheitspersonal ausbilden und die Fachleute nicht nur aus ärmeren Ländern holen. Das forderten mehrere Organisationen in Bern. Denn: Auch in wirtschaftlich weniger entwickelten Ländern gibt es zu wenig Pflegerinnen und Ärzte.

(sda) Die Schweiz muss darauf verzichten, Fachleute in Ländern zu rekrutieren, die unter Personalmangel leiden, schreiben die Organisationen unter der Federführung des Netzwerkes Medicus Mundi in einem Manifest. Es entspreche kurzfristigem Denken, dem eigenen Mangel mit Fachkräften aus ärmeren Ländern begegnen zu wollen.

Jedes Jahr rund 5000 zu wenig

Die Organisatoren halten fest, dass die Schweiz jedes Jahr rund 5000 Personen zu wenig ausbildet. Das soll sich ändern. Weiter müsse mit guten Arbeitsbedingungen dafür gesorgt werden, dass bereits ausgebildetes Personal im Gesundheitswesen bleibt. Heute blieben etwa Pflegefachpersonen nur 10 bis 15 Jahre im Beruf.

Ausländische Fachkräfte, die schon in der Schweiz sind, sollen von den gleichen Arbeitsbedingungen profitieren können, heisst es im Manifest weiter. Die Schweiz soll sich auch an den unverbindlichen Kodex der Weltgesundheitsorganisation WHO halten, der die Abwanderung von Spitalpersonal in reichere Ländern eindämmen will.

Neben dem Netzwerk Medicus Mundi hat der Schweizer Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner (SBK) das Manifest mitlanciert. Hinter den Forderungen stehen über zwanzig weitere Organisationen aus dem Gesundheitswesen und Entwicklungshilfe.

© NZZ Online



Gewicht: "Mittlere" Story

16. Januar 2012

ONLINE AM 16.1.12 UM 10:59 UHR

GESUNDHEITSWESEN

Die Schweiz soll selber mehr Ärzte und Pfleger ausbilden

Die Schweiz soll selber mehr Gesundheitspersonal ausbilden und die Fachleute nicht nur aus ärmeren Ländern holen. Das forderten mehrere Organisationen. Denn: Auch in wirtschaftlich weniger entwickelten Ländern gibt es zu wenig Pflegerinnen und Ärzte.

Die Schweiz muss darauf verzichten, Fachleute in Ländern zu rekrutieren, die unter Personalmangel leiden, schreiben die Organisationen unter der Federführung des Netzwerkes Medicus Mundi in einem Manifest. Es entspreche kurzfristigem Denken, dem eigenen Mangel mit Fachkräften aus ärmeren Ländern begegnen zu wollen.

Die Organisatoren halten fest, dass die Schweiz jedes Jahr rund 5000 Personen zu wenig ausbildet. Das soll sich ändern. Weiter müsse mit guten Arbeitsbedingungen dafür gesorgt werden, dass bereits ausgebildetes Personal im Gesundheitswesen bleibt. Heute blieben etwa Pflegefachpersonen nur 10 bis 15 Jahre im Beruf.

Faire Bedingungen für ausländische Fachkräfte

Ausländische Fachkräfte, die schon in der Schweiz sind, sollen von den gleichen Arbeitsbedingungen profitieren können, heisst es im Manifest weiter. Die Schweiz soll sich auch an den unverbindlichen Kodex der Weltgesundheitsorganisation WHO halten, der die Abwanderung von Spitalpersonal in reichere Ländern eindämmen will.

Neben dem Netzwerk Medicus Mundi hat der Schweizer Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner (SBK) das Manifest mitlanciert. Hinter den Forderungen stehen über zwanzig weitere Organisationen aus dem Gesundheitswesen und Entwicklungshilfe.

(sda)

[KOMMENTARE](#)

© Aargauer Zeitung Online



Gewicht: "Mittlere" Story

16. Januar 2012

Montag, 16. Januar 2012, 9:13 Uhr

Philippinisches Personal in Schweizer Spitälern?

Pascal Krauthammer, Bundeshausredaktor Radio DRS

In Schweizer Spitälern und Heimen mangelt es an Pflegepersonal. Hilfe soll jetzt aus Asien kommen, von den Philippinen zum Beispiel. Eine gute Idee, finden viele auch in der Politik. Doch schon melden sich die ersten Kritiker zu Wort.

Bis in zehn Jahren könnten hierzulande zehntausende von Pflegerinnen und Pflegern fehlen. Bis anhin profitierte das Schweizer Gesundheitswesen vom Freizügigkeitsabkommen mit der EU. Doch FDP-Nationalrätin Doris Fiala, die einem runden Tisch zur Migrationspolitik vorsteht, warnt davor, sich zu stark auf dieses Pflegepersonal aus Deutschland und Frankreich zu verlassen.

Interesse auf den Philippinen

Weil diese Länder die gleichen Überalterungsprobleme wie die Schweiz hätten, habe sich das Deza auf die Suche nach Alternativen gemacht, so Fiala. Auf den Philippinen sei man schliesslich fündig geworden. Dort gäbe es Interesse an einer Zusammenarbeit mit der Schweiz.

Über das Stagierteabkommen ist es schon heute möglich, philippinische Pflegekräfte in die Schweiz zu holen. In Zukunft könnte die Politik aber ein grösseres Kontingent zulassen, wenn es zu einem Pflegenotstand käme, so Fiala. Die Philippinen seien ein Land, die ihre Pflegenden «als Exportgut» betrachteten. Schon heute entsandten sie viele Pflegenden etwa in die Vereinigten Staaten. Die Schweiz, so Fiala, überprüfe nun, ob das - «wenn es denn nötig wäre» - auch hierzulande möglich sei.

Kritische Stimmen

Diese Pläne bereiten dem «Netzwerk Medicus Mundi» Sorgen. Der Zusammenschluss von 42 Organisationen aus dem Gesundheitsbereich verlangt, dass die Schweiz nicht aktiv aus Ländern rekrutiert, die selbst unter kritischem Personalmangel leiden. «Die Philippinen haben zwischen 2002 und 2007 rund 1000 Spitäler schliessen müssen - wegen Gesundheitspersonalmangel», gibt Martin Leschhorn vom Netzwerk Medicus Mundi zu bedenken. Im Interesse der philippinischen Bevölkerung werde seine Organisation deshalb darauf hinweisen, dass es nicht einfach gut sei, Fachpersonal von dort in die Schweiz zu holen.

Medicus Mundi weist in einer grösseren Kampagne auf den Kodex der Weltgesundheitsorganisation hin. Dieser verlange, dass jedes Land seinen Bedarf selber decke, so Leschhorn. «Und hier können wir mehr machen: in die Ausbildung in der Schweiz investieren, in die Qualität der Arbeitsplätze.» Das könnte dazu führen, dass das heimische Personal in seinen Jobs bleibe und nicht - wie es jetzt häufig der Fall sei - nach einigen Jahren den Gesundheitsbereich wieder verlasse.

Den Schweizer Pflegeberuf stärken will auch Migrationspolitikerin Doris Fiala, die ausländischen Arbeitskräfte will sie trotzdem nicht aus den Augen verlieren. Sie nehme die kritischen Stimmen zwar ernst. Dennoch gehe es in einer Güterabwägung darum, «dass wir unsere ausserordentlichen Herausforderungen anpacken und nicht romantisch und blauäugig die Augen verschliessen.» Je älter die Bevölkerung werde, ist Fiala überzeugt, desto stärker werde der Ruf nach zusätzlichem ausländischem Pflegepersonal.

[KOMMENTARE](#)

© **SF Online**



Gewicht: "Mittlere" Story

16. Januar 2012

Montag, 16. Januar 2012, 11:46 Uhr

Bessere Arbeitsbedingungen statt Personal aus dem Ausland

Mehrere Organisationen aus dem Gesundheitswesen haben ein Manifest lanciert. Darin wird gefordert: Die Schweiz soll selber mehr Gesundheitspersonal ausbilden und die Fachleute nicht nur aus ärmeren Ländern holen.

Hintergrund der Initiative ist, dass es auch in wirtschaftlich weniger entwickelten Ländern zu wenig Pflegerinnen und Ärzte gibt. «Die Schweiz muss darauf verzichten, Fachleute in Ländern zu rekrutieren, die unter Personalmangel leiden», schreiben die Organisationen unter der Federführung des Netzwerkes Medicus Mundi in dem Manifest.

Personalabwanderung in reiche Länder eindämmen

Es entspreche kurzfristigem Denken, dem eigenen Mangel mit Fachkräften aus ärmeren Ländern begegnen zu wollen. Die Organisatoren halten fest, dass die Schweiz jedes Jahr rund 5000 Personen zu wenig ausbildet. Das soll sich ändern. Weiter müsse mit guten Arbeitsbedingungen dafür gesorgt werden, dass bereits ausgebildetes Personal im Gesundheitswesen bleibt.

Heute blieben etwa Pflegefachpersonen nur 10 bis 15 Jahre im Beruf. Ausländische Fachkräfte, die schon in der Schweiz sind, sollen von den gleichen Arbeitsbedingungen profitieren können, heisst es im Manifest weiter. Die Schweiz soll sich auch an den unverbindlichen Kodex der Weltgesundheitsorganisation WHO halten, der die Abwanderung von Spitalpersonal in reichere Ländern eindämmen will.

Neben dem Netzwerk Medicus Mundi hat der Schweizer Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner (SBK) das Manifest mitlanciert. Hinter den Forderungen stehen über zwanzig weitere Organisationen aus dem Gesundheitswesen und der Entwicklungshilfe.

(sda/maiu)

Philippinisches Personal in Spitälern?

Eine Möglichkeit den Notstand beim Pflegepersonal zu beseitigen, besteht laut der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) darin, vermehrt Pflegekräfte von den Philippinen zu engagieren. Schon heute gibt es ein entsprechendes Stagiabkommen. Doch dieser Vorschlag ist nicht unumstritten und wird [kontrovers diskutiert](#).

© SF Online



Auflage: 210692
Gewicht: "Mittlere" Story

16. Januar 2012

SCHWEIZ, SEITE 4

Kommen jetzt die Philippinas?

ÜBERALTERUNG Der Bund sorgt vor und rekrutiert Pflegepersonal auf den Philippinen.

arin.mueller@ringier.ch

Spitäler, Spitex und Altersheime klagen über Personalmangel. Derzeit kommt der Grossteil des Pflegepersonals aus Deutschland, Frankreich oder Polen. Doch bald könnten Pflegehilfen aus den Philippinen einreisen. Denn seit 2003 existiert zwischen den Philippinen und der Schweiz ein sogenanntes Stagiaireabkommen. Pflegefachpersonen können bereits heute für 18 Monate in die Schweiz einreisen und hier als Stagiaire arbeiten.

Doch diese Aufenthalte sind den Arbeitgebern hier zu kurz. FDP-Nationalrätin Doris Fiala präsidiert die Arbeitsgruppe «Runder Tisch Migration»: «Wir müssen vorausdenken. Die Überalterung ist nicht nur in der Schweiz, sondern auch in Europa ein Thema. Deshalb müssen wir jetzt schon überlegen, wo wir in Zukunft Pflegefachpersonen rekrutieren können.»

Philippinische Regierung findet Idee gut.

Darum hat sich der Bund umgeschaut und wurde auf den Philippinen fündig. Eduard Gnesa, Sonderbotschafter für Internationale Migrationzusammenarbeit, bestätigte, dass Gespräche mit der philippinischen Regierung stattfinden: «Ziel ist eine intensivere Nutzung des Stagiaireabkommens. » Sowohl Doris Fiala und Eduard Gnesa betonen, dass die Ausbildung des Pflegepersonals in der Schweiz Vorrang hat. Ebenso die Freizügigkeit mit der EU. Wichtig ist auch das Thema Sprache. Denn ausländisches Pflegepersonal sollte über ausreichende Sprachkenntnisse verfügen. Darum ist es gewünscht, dass sich Interessenten die Sprachkenntnisse bereits im Heimatland aneignen. Die Organisation Medicus Mundi stellt sich gegen die Rekrutierungs-idee. «Die Philippinen haben rund 1000 Spitäler schliessen müssen wegen Pflegepersonalmangel. Deshalb wäre es nicht gut, wenn wir die Leute von dort holen. Jedes Land muss seinen Bedarf selber decken», erklärte Martin Leschhorn heute am Radio «DRS»

© **Blick am Abend**